

## Folgenreiche Klimakrise

Agarrreform: „Kein Systemwechsel“, FR-Meinung vom 22. Oktober

Ihr Leitartikel erscheint mir sehr gelungen, da er meines Erachtens diesen Brüsseler Agrarbeschluss treffend erläutert und einordnet in die Klimapolitik der EU, den Green Deal. So wird auch klar, was unter anderem von dem Klimaziel 2030 (55 bzw. 60 Prozent Reduktion) zu halten ist.

Nun schreibt man als Leser selten nur, wenn einem etwas gut gefällt – so geht es auch mir: Sie benennen im letzten Satz die aktuellen klimatischen Veränderungen als „Klimawandel“. Angesichts der hohen Geschwindigkeit dieses Prozesses erscheint mir dieser Begriff als nicht passend.

Klimawandel assoziiere ich mit langsamer Veränderung: Man hat Zeit, sich darauf einzustellen. Klimakrise erscheint mir als der passendere Begriff. Er macht deutlich, dass es sich im Vergleich zu früheren Veränderungen, Wandlungen um eine besonders schnelle Veränderung mit krisenhaften Folgewirkungen handelt. Auch erscheint mir die Klimakrise ungleich gravierender, folgenreicher als die von Ihnen im Satz davor zitierte Corona-Krise.

Näheres dazu finden Sie auch in Sven Plögers Buch „Zieht euch warm an“. Besonders das über die ersten Seiten sich hinziehende vereinfachte Diagramm zur Temperaturveränderung in den letzten 20 000 Jahren verdeutlicht den Unterschied zwischen dem langsamen Klimawandel seit der letzten Kaltzeit und der aktuellen Entwicklung durch die industrielle Revolution. Ähnlich äußern sich Volker und Cornelia Quaschnig auf [Klimareporter.de](http://Klimareporter.de) in ihrem neuesten Podcast „Klimakrise und Energierevolution“.

Burkhard Sigges-Urban, Wülfrath

## Deutschland erfüllt seine Aufgaben nicht

Es gibt ein Sprichwort: Den Bock zum Gärtner machen. In der gegenwärtigen Situation muss man sagen: Die Geiß zur Gärtnerin machen. Ich hoffe, ich habe das gendernmäßig richtig hinbekommen. Dies bedeutet jedenfalls, dass Frau Klöckner als federführend in der EU für nachhaltigere Agrarpolitik den Inhalt des Sprichworts mit Leben erfüllt.

Wie soll eine ausgewiesene Fürsprecherin der Glyphosat- und Co-Front für Nachhaltigkeit sorgen? Als Nachfolgerin von CSU-Schmidt, der gegen seinen Auftrag für die Verlängerung der Genehmigung von Glyphosat sorgte, ist sie seit Jahren dabei, die Vergiftung der Ackerflächen mit entsprechenden Folgen voran zu treiben. Als Büttelin der Agrarchemieindustrie. So wird der Sinn des Sprichworts mit Leben erfüllt. Mit entsprechenden Folgen. Sowohl beim Klima wie auch in der Biodiversität erfüllt Deutschland seine Aufgaben nicht. Es ist jämmerlich.

Jürgen H. Winter, Schöneck



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

### Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

### Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder  
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

## ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Fforums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/lf-20201026](http://frblog.de/lf-20201026). Übersicht: [frblog.de/aktuell](http://frblog.de/aktuell)

## FR ERLEBEN

**Claus-Jürgen Göpfert** hätte aus Erich Kubys Roman „Rosemarie“ lesen sollen. Die Veranstaltung ist abgesagt.  
**Donnerstag, 29. Oktober, 19 Uhr**  
**Club Voltaire, Frankfurt**

**Andreas Schwarzkopf** moderiert „Trump, Trade, Turbulences“ der IHK Offenbach mit Candice Kerestan (Democrats Abroad), Richard Wilhelm (Republicans Overseas), Oliver Döring (Trützschler Nonwovens) und Andreas Wunderlich (American Food Club). Melden Sie sich zur kostenlosen Online-Diskussion an: [www.ihkof.de/ofd](http://www.ihkof.de/ofd)  
**Donnerstag, 29. Oktober, 18 Uhr**

**Claus-Jürgen Göpfert** moderiert ein Gespräch zum Thema „Playing the long Game. Keir Starmer und die Labour Party ein Jahr nach der Wahleniederlage“. Mit Florian Weis, Historiker und Englandspezialist. Eintritt frei. Anmeldung empfohlen. Die Veranstaltung kann online verfolgt werden. Zugangsdaten: [conf.ccc-ffm.de/b/uli-c6z-62k](http://conf.ccc-ffm.de/b/uli-c6z-62k) Zugangscode: 405842  
**Donnerstag, 5. November, 19 Uhr**  
**Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt**

## In Nibelungentreue zur großen Koalition

Die SPD und die Drohnen für die Bundeswehr: „Gefährlicher Sog“, FR-Meinung vom 21. Oktober

### Von der SPD müssen Friedenszeichen kommen

Wie für viele Sozialdemokraten ist es auch für mich ein Hauptgrund, Mitglied dieser Partei wegen ihrer Rolle als Friedenspartei zu sein. Daher kann ich nicht nachvollziehen, dass neben der Wehrbeauftragten Eva Högl jetzt auch die Bundestagsfraktion ihren Widerstand gegen bewaffnete Drohnen aufgibt. Offenbar will die Fraktion mal wieder Zuverlässigkeit in verteidigungspolitischen Fragen dokumentieren.

Gerade für die SPD ist es immer wieder wichtig, friedenspolitische Zeichen zu setzen. Es wäre besser, wenn die Abgeordneten sich am friedenspolitischen Geist der SPD-Basis orientieren würden und für die Erweiterung der Friedens- und Konfliktforschung eintreten würden. Aus einer vielleicht rational begründbaren Angst vor den in einem Teil der öffentlichen Meinung vorhandenen Vorwürfe der sicherheitspolitische Unzuverlässigkeit entscheidet sich die Fraktion aber für den auf den ersten Blick bequemeren Weg und gibt ihren Widerstand gegen die Drohnenpolitik auf. Bleibt zu hoffen, dass durch intelligentes Nachdenken die SPD als Gesamtpartei und Fraktion sich noch anders entscheiden könnte. Der friedenspolitischen Glaubwürdigkeit der Sozialdemokratie würde das mit Sicherheit nicht schaden.

Manfred Kirsch, Neuwied

### Mit welcher Politik will die SPD glaubwürdig sein?

Täglich schlage ich in der von mir sehr geschätzten Frankfurter Rundschau zuerst die Seite „Meinung“ auf. Nach der Lektüre am 21.10. kann ich über die Bundes-SPD nicht einmal mehr

den Kopf schütteln. Offensichtlich wird die Zustimmung zu einer „Rassismus-Studie“ aus dem Ministerium von Seehofer mit einem Deal erkaufte, welcher dem Verfassungsschutz das Datensammeln erleichtert (so Stephan Hebel). Geht's noch? Auf der gleichen Seite kommentiert Karin Dalka die (neue) Haltung der SPD zur Anschaffung von bewaffneten Drohnen. Dem Kommentar ist nichts hinzuzufügen.

Ich weiß nicht wo ich anfangen soll: mit der Zustimmung der Reichstagsfraktion der Sozialdemokraten zu den Kriegskrediten im Jahr 1914; dem Radikalerlass (Berufsverbote) aus dem Jahr 1972; der faktischen Abschaffung des Rechts auf Asyl in den neunziger Jahren; den Hartz-Gesetzen – 2003 auf den Weg gebracht. Insbesondere Hartz IV hat Menschen massenhaft in die Armut getrieben und einen gewaltigen Niedriglohnssektor geschaffen.

Ich frage mich: Mit welcher Politik und mit welchen „Köpfen“ will die SPD eine grundlegend andere, am Wohle der „einfachen“ Menschen orientierte und vor allem glaubwürdige Politik auf den Weg bringen? Die Nibelungentreue zur großen Koalition bis zur Bedeutungslosigkeit dieser einstmaligen fortschrittlichen Partei lässt für die Zukunft leider nichts Gutes erahnen. Dabei ist die SPD unabdingbar für eine grundlegend neue Ausrichtung der Politik in Deutschland sowie in Europa

Karl-Heinz Waltinger,  
Ginsheim-Gustavsburg

### Auslandseinsätze auf den Prüfstand!

Das „Umfallen“ der SPD in Sachen bewaffneter Drohnen wird von Frau Dalka zusammenge-

fasst als „verständlich“ und trotzdem „falsch“ bewertet. Natürlich ist ihrer Aussage, wonach bewaffnete Drohnen „die Schwelle zur Kriegsführung senken“ und „der Einstieg in eine Technologie sind, in der am Ende die Maschinen über Leben und Tod entscheiden“, unbedingt zuzustimmen. Aber da, wo sie der Regierungsargumentation folgend erklärt, dass die Drohnenbewaffnung das Leben deutscher Soldat\*innen in den Auslandseinsätzen schützen soll – da darf angemerkt werden, dass hier endlich einmal die Gelegenheit wäre, die Legitimation der Auslandseinsätze auf den Prüfstand zu stellen. Denn gemessen an den propagierten Zielen sind sie sämtlichst als gescheitert zu betrachten! Bernd Bremen, Aachen

### Wahlen gewinnen und die Welt retten

„Die Marke SPD hat schwer gelitten“. Genau das ist der kardinale Denkfehler der SPD, bezeichnenderweise in Worte gefasst vom SPD-Vorsitzenden Norbert Walter-Borjans im Interview mit der FR (26.9.). Die SPD ist keine Marke, die auf einem Parteienmarkt um Stimmen wirbt, um möglichst viele ihrer Kandidaten in die Parlamente zu bringen für Lohn und Brot. Die SPD muss im politischen (!) Parlament die mutige Kämpferin für sozialdemokratische Politik sein! Es geht nicht um Markt und Marke, sondern um Politik. Wir sind hier nicht bei Edeka. Nebenbei würde sie dann nicht bei 15 Prozent der abgegebenen (!) Wählerstimmen rumkriechen, sondern Wahlen gewinnen und die Welt retten. Dringend nötig. Eigentlich.

Ralf-Michael Lübbers, Marienhafen

**Diskussion:** [frblog.de/spd-rettung](http://frblog.de/spd-rettung)

## Ideologisch motivierter Sprachgebrauch

Zu: „Zukunft der Mobilität“ und „Heftiger Streit nach Abseilaktion“, FR-Wirtschaft und -Regional vom 17. Oktober

Nina Treu stellt die Proteste im Dannenröder Forst in einen angemessenen Rahmen: Hier bündelt sich das Ringen um Verkehrs- und Klimakonzepte für das 21. Jahrhundert. Die Vertreter überkommener autozentrierter Modelle haben das erkannt.

Im HR, aber auch in Printmedien, besonders da, wo sie dpa-Texte verwenden, wird stereotyp vom „Lückenschluss“ in der „Verbindung Kassel-Gießen“ gesprochen. Auf der sprachlichen Oberfläche entsteht so das Bild einer überfälligen Maßnahme, um endlich zwei bisher unverbundene Landesteile an die Lebensader Autobahn anzuschließen. Die Schließung der kleinen verbleibenden „Lücke“ erscheint zwingend logisch.

Dass dieses Projekt nach einem halben Jahrhundert Planungs- und Bauzeit immer noch erst halb vollendet ist, wirft aber Fragen auf. Zunächst reibt sich, wer in Oberhessen mit dem Auto unterwegs sein muss, erstaunt die Augen: Geschaffen werden

müsse sie? Sie existiere also nicht, die Verbindung Kassel-Gießen? Dabei ist man schon so oft zwischen beiden Städten hin- und hergefahren. Über A7, A5 und A480 sind es bequeme 131 Kilometer. Die neue Strecke soll am Ende eine Spange über Treysa und Homberg (Ohm) beschreiben. Die Fahrstrecke würde sich auf rund 120 Kilometer verringern. Alles, was man also über die A49 sagen könnte, wäre, dass sie die A7/A5 um das Hattenbacher Dreieck herum ein wenig entlastet. Das wäre aber zu sachlich, um den immensen Aufwand zu rechtfertigen.

Es bleibt die Frage nach der „Lücke“. Hat ein gerade halb fertiges Projekt eine Lücke, ist es gescheitert oder ist es im gegenwärtigen Zustand schon zu gebrauchen? Fest steht, dass zu Beginn der Planungen, in den 60er Jahren, ein möglichst dichtes Autobahnnetz für das erwartete Wachstum des Kfz-Verkehrs als erstrebenswert galt. Ebenso klar sollte sein, dass sich die Welt in-

nerhalb von zwei Generationen entscheidend verändert hat: Der motorisierte Verkehr muss ab- und nicht zunehmen, wenn Deutschland Klimaziele erreichen will. Das schließt eine Verkehrspolitik ein, die der Schiene den Vorrang gewährt sowie den Schutz von intakten Wäldern als „CO<sub>2</sub>-Senke“. Bisher haben mehr Straßen und bessere Verbindungen zu mehr Verkehr und damit mehr Lärm geführt.

Wir sehen also viele Lücken, die größer sind als die im Autobahnnetz. Die Bezeichnung des Weiterbaus der A49 als „Lückenschluss“ ist ein Beispiel für ideologisch motivierten Sprachgebrauch. Sie wird von einer politischen Gruppe gebraucht, um jede Kritik an ihrem Vorgehen von vornherein zu diskreditieren und Lücken in der eigenen Argumentation propagandistisch zuzukleistern. Die Medien sollten dies aufmerksam hinterfragen. Ralph Wildner, Staufenberg

**Diskussion:** [frblog.de/dannenroeder](http://frblog.de/dannenroeder)